

FDP-Fraktion

Herrn
Jürg Wuhrmann
Gemeinderatspräsident
Appitalstr. 42
8804 Au-Wädenswil

Wädenswil, 8. Dezember 2012

Interpellation betr. langfristige Kreditvereinbarungen der Stadt Wädenswil - Konsequenzen und Lehren aus dem Debakel

Mit Erstaunen und Schrecken mussten die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen von Wädenswil und der Au kürzlich erfahren, dass der Stadtrat vor Jahren langfristige Verträge mit fixen Zinskonditionen unterzeichnet hat. Leider sind die Hintergründe erst jetzt publik geworden, nachdem einigen Gemeinderäten aufgefallen ist, dass der Zinsaufwand der Stadt Wädenswil gestiegen ist, obwohl das Zinsniveau seit Jahren sinkende Tendenz aufweist. Es erstaunt schon, dass der Stadtrat in dieser Angelegenheit nie proaktiv informiert hat, sondern erst auf hartnäckiges Nachfragen seitens Gemeinderäten und der GRPK.

Die Angelegenheit wirft etliche Fragen auf, die wir gerne vom Stadtrat präzise beantwortet haben möchten.

1. Wieso hat der Stadtrat den Gemeinderat und die Öffentlichkeit nie proaktiv über die rückblickend unvorteilhaften Verträge mit Kreditgebern informiert? Entspricht das dem Informationsverständnis des Stadtrates?
2. Das kürzlich verbreitete Communiqué des Stadtrates ist unvollständig. Aus welchen Überlegungen hat der Stadtrat nicht alle Fakten auf den Tisch gelegt? Der Zeitpunkt zur Schaffung von Transparenz ist gekommen. Deshalb folgende Fragen:
 - a) Wie viele Kreditverträge zwischen der Stadt Wädenswil und den Kreditgebern bestehen zurzeit?
 - b) Wer sind die Kreditgeber, zu welchen Kreditsummen und zu welchen Zinssätzen?
 - c) Bis wann laufen die mit den Banken abgeschlossenen Verträge, und mit welcher Bank wurde welcher Betrag abgesichert?
 - d) Ist eine vorzeitige Kündigung der Zins-Swap-Verträge möglich? Falls ja, welche (zusätzlichen) Kosten würden sich durch eine solche Kündigung ergeben?
 - e) Wurde mit den betreffenden Banken über einen vorzeitigen Ausstieg aus den Kreditverträgen verhandelt? Wenn nein, weshalb nicht, wenn ja, wie war das Ergebnis der Anfrage resp. der Verhandlungen?
 - f) Sieht der Stadtrat künftig Ausstiegsklauseln in Darlehensverträgen mit Geldgebern vor? Wenn nein, weshalb nicht?
3. Wie viele „überhöhte Zinskosten“ werden noch auf die Stadt zukommen und bis in welches Jahr werden sie die Rechnung(en) belasten? Zu rechnende Szenarien:
 - Bei gleichbleibend tiefem Zinsniveau
 - Bei leicht steigenden Zinsen
 - Bei stark steigenden Zinsen

4. Gemäss Stadtratsbeschluss vom 12. Mai 2003 wurde beschlossen, maximal 45 Millionen Franken mit Zinsswaps abzusichern.
 - a) Welcher Betrag wurde effektiv mit Zinsswaps abgesichert?
 - b) Wurden mit den Banken regelmässig Gespräche geführt (wer?), und wurden diese auch protokolliert? Wenn nein, weshalb nicht?
5. Seit dem Jahr 2008 sind gemäss Obligationenrecht (OR) Eventualverpflichtungen im Gewährleistungsspiegel zu erwähnen. Weshalb hat die Stadt Wädenswil diese Verpflichtungskredite nicht in den Jahresrechnungen ausgewiesen?
6. Ist der Stadtrat bereit, den Gemeinderat und die Öffentlichkeit über den Entscheidungsprozess von Kreditverträgen mit externen Geldgebern ins Bild zu setzen?
 - a) Wenn nein, weshalb nicht?
 - b) Wenn ja, wer holt jeweils Offerten ein?
 - c) Werden die Offerten dem Gesamtstadtrat präsentiert? Wenn nicht, weshalb nicht?
 - d) Beschliesst der Stadtrat in corpore über Kreditverträge? Wenn nicht, wer dann? Gibt es einen Grenzwert, bei dem nicht der Gesamtstadtrat beschliesst? Wenn ja, wo liegt dieser?
7. Zur Kompetenzverteilung:
 - a) Wer hat die in Frage stehenden Verträge unterschrieben? Und hatte(n) diese Person(en) auch die Kompetenz dazu?
 - b) Wer hat die Belastungsanzeigen der Banken für die Swaps in den vergangenen Jahren visiert und zur Zahlung bzw. Buchung freigegeben?
 - c) Welche Kompetenzen und Befugnisse hat der Leiter /die Leiterin der Finanzabteilung?
 - d) Welche Kompetenzen und Befugnisse hat der Stadtschreiber/die Stadtschreiberin in diesen Fragen?
8. Welche Lehren/Konsequenzen – organisatorisch und politisch - zieht der Stadtrat aus dem Millionendebakel?

Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang, dass der Stadtrat in seiner Antwort vom 16. Juli 2012 auf das Postulat der GRPK vom 15. Juni 2012 unter Ziff. e) geschrieben hat, dass der Stadtrat es übertrieben findet, das Controlling zu verstärken. Wie das vorliegende Beispiel aber zeigt, hätte ein Controlling die Problematik mit den überhöhten Zinssätzen rechtzeitig ans Tageslicht gebracht.

Wir danken dem Stadtrat im Voraus für eine konstruktive und zügige Behandlung der Interpellation.

Sprecher im Rat: Peter Schuppli